

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Sollen unsere Kinder die Stromrechnung zahlen?

Plakate mit diesem und zwei ähnlichen Motiven kannst Du auf Seite 12 kostenlos bestellen

Die Energiewende ist bezahlbar. Atomstrom kostet das Leben! **ausgestrahlt**

Liebe Freundinnen und Freunde, geht es Euch auch so wie uns? Wenn wir derzeit Nachrichten lesen oder hören, dann könnten wir fast täglich aus der Haut fahren. „Die Energiewende ist zu teuer“ heißt es da oder „Die Energiewende kommt nicht voran“. Studien dazu werden veröffentlicht, VertreterInnen von Industrieverbänden und Stromkonzernen äußern sich dahingehend, PolitikerInnen von Union und FDP machen mit – und auch eine ganze Reihe von JournalistInnen bläst in dieses Horn. Und immer öfter kommt dann so ein Satz wie: „Das letzte Wort über die AKW-Laufzeiten ist noch nicht gesprochen.“

Das alles erinnert doch fatal an die riesige PR-Kampagne in den Jahren 2008 bis 2010, die schließlich zur Laufzeitverlängerung aller AKW führte. Im vergangenen Jahr sind verschiedene Versuche noch gescheitert, die Stilllegung der acht ältesten

AKW schlecht zu reden. Jeder weiß inzwischen: Es gab weder einen Blackout noch wurde Deutschland zum Stromimportland. Das falsche Gerede von der sozial unausgewogenen Energiewende aber, das derzeit en vogue ist, verfängt immer mehr.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) möchte ärmeren Haushalten keinen günstigeren Strom zukommen lassen, sondern eine kostenlose Energiesparberatung. Wieso aber setzt er das Gleiche nicht bei den energieintensiven Unternehmen durch, die bisher so gut wie nichts für den Umstieg auf erneuerbare Energien und für den Unterhalt des Stromnetzes zahlen?

Geht es Dir auch so, dass Du das alles jeden Tag liest und Dir die Wut hochkriecht angesichts der Gefahren der Atomkraft, über die niemand mehr spricht? Geht es Dir auch so, dass Du es für dringend nötig hältst, etwas dagegen zu tun?

Dann lass uns gemeinsam damit anfangen! Beispielsweise mit Plakaten und Postkarten (siehe oben), die den wirklichen Preis illustrieren, den wir ohne konsequente Energiewende zahlen müssen: Atomstrom kostet das Leben. *Das .ausgestrahlt-Team*

„Dann ist alles Makulatur“
Warum auch der beste Katastrophenschutzplan uns nicht schützt **Seiten 6-7**

„Möchten Sie noch etwas sagen?“
Wie Theorie und Praxis der Bürgerbeteiligung bei der Suche nach einem Endlager auseinanderklaffen **Seite 10**

„Das geht so nicht weiter“
Grüne Laufzeitverlängerung, Ärger mit dem AKW-Abriss, japanische Anti-Atom-Renaissance **Seiten 14-15**

Eine interessengeleitete Debatte

Wie das Gerede von der „unsozialen“ Energiewende den Atomausstieg torpedieren soll

Ich halte Arnold Vaatz für einen integren Mann. Der stellvertretende Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag saß in der DDR wegen Wehrdienstverweigerung im Gefängnis und hat 1989 die Besetzung der Dresdener Stasi-Dependance mit organisiert. Als ich Anfang dieses Jahres in einer ZDF-Talkshow mit ihm über Atomkraft diskutierte und ihm einige Zuschauer vorwarfen, er sei doch bestimmt von der Atomlobby gekauft, da hätte ich ihn am liebsten verteidigt. Denn Vaatz sagt, was er denkt – und er ist damit weitaus ehrlicher als viele andere in den politischen Parteien.

Deshalb ist es umso erschreckender, dass Vaatz vor wenigen Wochen im Deutschlandfunk erklärte, die Energiewende werde scheitern und sei ein „sinnloses Experiment“. Spricht da einer aus, was viele seiner MitstreiterInnen in der schwarz-gelben Koalition ebenfalls denken, aber nicht zu sagen wagen?

Die Kanzlerin und die zuständigen Minister Rösler und Altmaier werden nicht müde zu betonen, dass der Atomausstieg bis 2022 „unumkehrbar“ sei. Aber warum erklären dann sowohl der Wirtschafts- als auch der Umweltminister bezahlbare Strompreise zur „obersten Priorität“ ihrer Politik? Die Aussage, die dabei mitschwingt, lautet: Wenn der Strompreis für die VerbraucherInnen steigt, dann steht die Energiewende in Frage.

Womit wir eigentlich schon wieder bei dem wären, was Arnold Vaatz gesagt hat. Denn natürlich steigen die Strompreise in den nächsten Jahren, zumindest für die privaten Haushalte. Das aber hat erstens sehr wenig mit der Energiewende zu tun und ist zweitens von der Regierung ganz bewusst so gewollt. Oder, wie „Freitag“-Herausgeber Jakob Augstein es ausdrückt: „Nicht die Energiewende ist unsozial. Unsozial ist die Art und Weise, wie die Bundesregierung versucht, die Konzerne von ihrem Beitrag zu diesem nationalen Projekt zu entbinden.“

Denn eigentlich bremst der Siegeszug der erneuerbaren Energien die Preisentwicklung beim Strom: Zwischen 2000 und



2010 stieg der Strompreis für HaushaltskundInnen noch um 45 Prozent. Bis 2020 wird er nur noch um weitere 22 Prozent wachsen. Und bis 2030 wird er schließlich wieder auf das Niveau von 2010 zurückgehen. Dann nämlich sind viele Wind- und Solaranlagen abgeschrieben, womit bloß noch Wartungskosten anfallen. Die Sonne schickt ja bekanntlich keine Rechnung.

Für Großverbraucher dagegen sinken die Kosten schon heute, weil der Boom der Erneuerbaren den Preis an der Strombörse drückt: 2011 lag der Durchschnittspreis am Spotmarkt bei 51,10 Euro pro Megawattstunde. In diesem Jahr sind es nur noch 40 Euro. Außerdem ist die stromintensive Industrie bei Ökosteuern, Netzentgelten und EEG-Umlage sowieso fast vollständig entlastet, was dazu führt, dass Hartz-IV-EmpfängerInnen deutlich mehr für ihren Strom zahlen als Konzerne mit Milliardengewinnen. Unter den derzeit geltenden Regelungen verbrauchen die solchermaßen privilegierten Unternehmen etwa 18 Prozent des Stroms, tragen allerdings nur 0,3 Prozent der EEG-Umlage.

„Ich kann das Gejammer der Industrie nicht nachvollziehen“, zitiert der „Spiegel“ den Strompreisexperten Uwe Leprich vom Saarbrücker Institut für Zukunftsenergiesysteme. „Sie bekommen Strom so günstig wie lange nicht und profitieren

von großzügigen Ausgleichsregeln.“ Leprich hat auch eine Idee, wie die ärmsten Haushalte, für die auch moderat steigende Strompreise eine zu große Belastung sind, unterstützt werden könnten: Schließlich nimmt der Staat durch die EEG-Umlage im nächsten Jahr allein 3,8 Milliarden Euro zusätzliche Mehrwertsteuer ein. „Das sollte allemal ausreichen, um die steigenden Stromrechnungen der Hartz-IV-Empfänger zu kompensieren.“

Manche Horrorzahlen, die derzeit durch die Medien geistern, lassen sich leicht relativieren. Da ist von Gesamtkosten von 200 Milliarden Euro für die Energiewende die Rede. Alleine in die Steinkohleförderung sind zwischen 1970 und 2010 mehr als 288 Milliarden Euro geflossen. Von Banken-Rettungsschirmen mal ganz zu schweigen ...

Worum es bei der ganzen Debatte eigentlich geht, erklärt Kurt Lauk, der Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, der plötzlich sein soziales Herz entdeckt zu haben scheint und vor einer „staatlich verordneten Energiearmut“ warnt: „Es ist möglich, dass wir in ein oder zwei Jahren dazu kommen müssen, die Frage des Zeithorizonts [der Energiewende] erneut zu diskutieren.“ Das wäre dann noch rechtzeitig vor der geplanten Stilllegung des AKW Grafenrheinfeld 2015. *Jochen Stay*

WIDER DIE STROMPREIS-LÜGE

Fukushima ist kaum ein Jahr her, da starten Energiekonzerne und Atomlobby schon wieder zum Generalangriff auf die Energiewende. Eine ihrer häufigsten Falschbehauptungen: Dass die Energiewende den Strom unbezahlbar mache. Mit drei neuen Plakaten und Postkarten kannst Du diesen Lügen öffentlich entgegentreten. Außerdem hat .ausgestrahlt das viel gefragte Flugblatt „Die Schauermärchen der Atom-Fans“ aktualisiert. Plakate wie Flugblätter kannst du kostenlos auf Seite 11/12 und unter www.ausgestrahlt.de/shop bestellen.



„GORLEBEN365“ VERLÄNGERT

Klammheimlich verlängert hat Bundesumweltminister Peter Altmaier die Arbeiten im Salzstock Gorleben. Die Kampagne „Gorleben365“, die seit einem Jahr **unzählige Blockaden der Endlagerbaustelle** organisiert hat, will da nicht nachsehen. Nach der 24-Stunden-Blockade am 12./13. August, die das erste Blockadejahr beschließt, startet schon am 14. August die Nachfolgekampagne „Gorleben365+X“. Deinen persönlichen Blockadetermin reservieren kannst du unter www.gorleben365.de



VATTENFALL DAS NETZ WEGNEHMEN

Zwei neue Atomkraftwerke bauen will Vattenfall in Schweden und stellte nun den ersten Antrag dafür. Das Geld für derlei Projekte will der Konzern unter anderem in Deutschland verdienen: Mit dreckiger Braunkohle, die das Klima ruiniert. Mit gigantischen Tagebaugruben in der Lausitz, denen weitere Dörfer zum Opfer fallen sollen. Mit milliarden-schweren Schadensersatzklagen gegen die Bundesregierung, weil die nach Fukushima das endgültige Aus der schon seit Jahren stillstehenden Pannemeiler Brunsbüttel und Krümmel besiegelt hat. Mit dem AKW Brokdorf, an dem Vattenfall zu 20 Prozent beteiligt ist. Und, last but not least, mit dem Berliner Stromnetz, das jedes Jahr dicke Millionengewinne abwirft. Das wollen mehrere Initiativen nun ändern.

Der Berliner Energietisch etwa will mit einem Volksbegehren den Berliner Senat zwingen, das Stromnetz wieder zu kommunalisieren. Und die von AtomkraftgegnerInnen gegründete Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG, unterstützt unter anderem von den erfahrenen „Netzkäufern“ aus Schönau, will das Berliner Stromnetz in Bürgerhand bringen, um die Gewinne daraus sinnvoll zu nutzen und die Energiewende voranzutreiben. Die Gelegenheit dazu ist günstig: Der Konzessionsvertrag von Vattenfall läuft 2014 aus. Mehr Infos unter www.buerger-energie-berlin.de



„Das Ding am Deich“

Ein Film darüber, wie es ist, wenn das AKW noch immer läuft. Bring ihn ins Kino!

„Vom Widerstand gegen ein Atomkraftwerk“ – für ihren preisgekrönten Dokumentarfilm hat Regisseurin Antje Hubert ein Jahr lang „das Ding“, das AKW Brokdorf, umkreist. Mit den Erinnerungen der widerständigen AnwohnerInnen und altem Filmmaterial taucht sie ein in eine bewegende Vergangenheit, bis die Gegenwart mit Laufzeitverlängerung und Fukushima die Geschichte schließlich einholt. Ein beeindruckendes Dokument – und

eine wunderbare Gelegenheit, um die Gefahr eines Atomunfalls zu thematisieren. Und um darüber zu diskutieren, wie wir gemeinsam dafür sorgen können, dass auch die neun noch laufenden Reaktoren endlich vom Netz gehen.

Kinostart des Films ist am 23. August; in Berlin, Braunschweig, Bremen, Eckernförde, Esslingen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hameln, Husum, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Lüchow, Lüneburg, Meldorf,

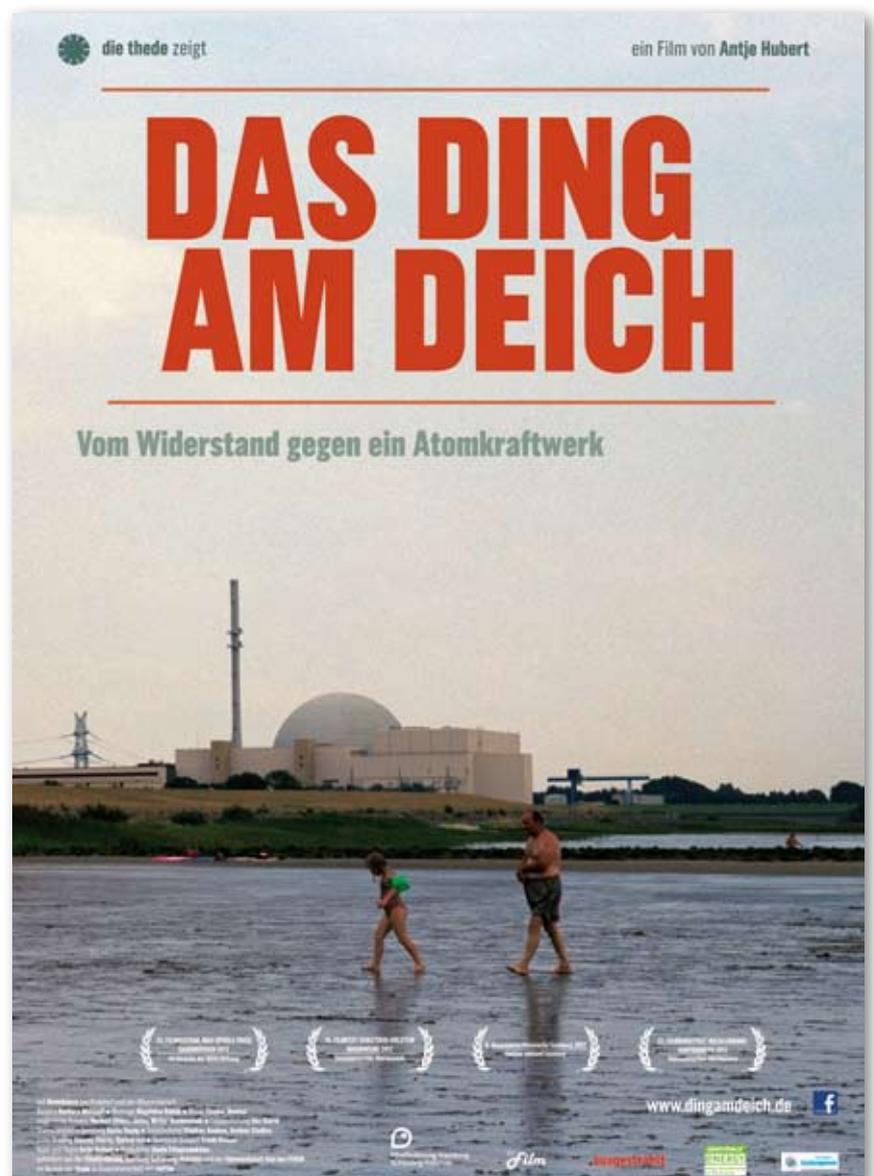
München, Oldenburg, Osnabrück, Rendsburg, Regensburg, Schweinfurt und Ulm sind bereits Vorstellungen geplant.

Deine Stadt ist noch nicht dabei? Dann frag in deinem Lieblingskino, ob sie den Film nicht auch zeigen wollen. Auf www.ausgestrahlt.de findest Du neben einer aktualisierten Liste aller **Vorführtermine bundesweit** auch Ideen und **Vorschläge für Aktionen rund um die Vorstellungen** in deiner Stadt.

DIE TOUR ZUM FILM

An mehreren Orten wird es in Zusammenarbeit mit .ausgestrahlt eine **Diskussion im Anschluss an die Vorführung** geben. Mit der Filmemacherin, mit ProtagonistInnen des Films sowie mit Aktiven von .ausgestrahlt und regionalen Anti-Atom-Gruppen wird es dabei um die Frage gehen, wie der Widerstand nach dem Beschluss, neun AKW noch viele Jahre laufen zu lassen, weitergehen kann. Folgende Termine stehen bereits fest:

- 20.08.2012 **Hamburg**
Abaton 20:00 Uhr
- 21.08.2012 **Berlin**
Babylon Mitte 19:30 Uhr
- 23.08.2012 **Kiel**
Kommunales Kino in der Pumpe 20:30 Uhr
- 26.08.2012 **Lübeck**
Kommunales Kino 13:00 Uhr
- 26.08.2012 **Lüneburg**
Scala 17:00 Uhr
- 28.08.2012 **Husum**
Kinocenter Husum 19:30 Uhr
- 02.09.2012 **Rendsburg**
Schauburg Filmtheater 17:00 Uhr
- 05.09.2012 **Freiburg**
Friedrichsbau 21:15 Uhr
- 06.09.2012 **Esslingen**
Kommunales Kino 19:00 Uhr
- 07.09.2012 **Schweinfurt**
KuK Filmtheater 19:00 Uhr
- 14.09.2012 **Lüchow**
Alte Brennerei 18:30 und 20:30 Uhr



Eine aktuelle Liste aller Veranstaltungen findest du auf www.ausgestrahlt.de. Willst Du selbst eine solche Veranstaltung in Deiner Stadt mit organisieren oder zumindest dafür sorgen, dass der Film in Deinem Lieblingskino läuft, schreib an info@ausgestrahlt.de

Das Ding muss weg, damit die Menschen bleiben können!

Kampagne gegen das AKW Brokdorf und die acht anderen Reaktoren

Beim Atomausstieg buchstäblich vergessen – das gilt nicht nur für das AKW Brokdorf, sondern für insgesamt neun Reaktoren. Gemeinsam mit örtlichen Initiativen will .ausgestrahlt nun kräftig Druck machen, dass auch diese Meiler endlich vom Netz gehen. Den Anfang machen wir dabei – exemplarisch – in Brokdorf. **Vieles, was wir hier ausprobieren, lässt sich anschließend auf andere AKW-Standorte übertragen.**

Dass wir mit Brokdorf beginnen, hat mehrere Gründe. Erstens sind die Sicherheitsmängel in diesem AKW besonders offensichtlich: Es liegt an der Unterelbe direkt hinterm Deich – Hochwassergefahr! Zweitens ist es besonders überflüssig, denn in Schleswig-Holstein gibt es jede Menge Ökostrom. Drittens ist für unglaublich viele Menschen in Brokdorf noch eine Rechnung offen; Hunderttausende haben in den vergangenen

26 Jahren schon gegen diesen Meiler demonstriert. Viertens ist die neue Landesregierung in Kiel eher atomkraftkritisch eingestellt; Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) selbst hat am 11. März 2012 in Brokdorf für die sofortige Stilllegung des AKW demonstriert. Mit einem Bündel an Aktionen und Aktionsideen wollen wir nun dafür sorgen, dass das keine Lippenbekenntnisse bleiben. Die ersten Schritte:

1. Die **Unterschriftensammlung für die sofortige Abschaltung des AKW Brokdorf** zeigt, dass es ganz vielen Menschen, vor allem im Norden, ein Anliegen ist, dass der Meiler endlich vom Netz geht. Unterschriftslisten gibt's kostenlos; auch online kannst Du unterschreiben: www.ausgestrahlt.de/brokdorf
2. Eine **Wanderausstellung** stellt Bilder aus der Umgebung von Tschernobyl vergleichbaren Motiven aus Norddeutschland gegenüber – und macht so eindrücklich deutlich, wie ein Unfall im AKW Brokdorf die ganze Region treffen würde. Konzipiert und fotografiert hat die Ausstellung für .ausgestrahlt der Salzwedeler Fotograf und Schriftsteller Alexander Neureuter. Auf Tour gehen wird sie ab Anfang Oktober zunächst in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordniedersachsen. Mehr Infos und wie Du die Ausstellung in deiner Stadt zeigen kannst, findest Du unter www.ausgestrahlt.de/ausstellung
3. Mit **Tabletten gegen den Super-GAU** – das funktioniert nicht wirklich. Es sei denn mit „Brokdorf akut“: Diese Pfefferminzdragees machen den Kopf frei für Anti-Atom-Engagement. Und der Beipackzettel informiert nicht nur, wie schutzlos wir bei einem Atomunfall wirklich wären, sondern auch, wie wir das AKW so schnell wie möglich abschalten und uns so wirksam schützen können. „Brokdorf akut“ ist (wie die „echten“ Jodtabletten auch) „vor dem Störfall einzunehmen“ – und wunderbar geeignet, um sie auf Veranstaltungen, bei Infoständen, an BesucherInnen der Wanderausstellung, bei Aktionen oder an Kinobesucher zu verteilen. Erhältlich als „echte“ Tablettenpackung und als günstigere Blister-Karte.
4. Die **.ausgestrahlt-Broschüre „AKW Brokdorf – Nein Danke!“** und die Broschüre **„Was wäre wenn ...“** der örtlichen Initiative „Brokdorf akut“ beleuchten Sicherheitsrisiken, Technik und Geschichte des störanfälligsten Reaktors der Republik.
5. **Zwei neue Aufkleber** fordern „Das Ding muss weg“ und mahnen „Ihr habt noch was vergessen ...“.
6. **Mit einer Aktionswoche „Katastrophenschutz“ vom 5. bis 11. November** wollen wir die Folgen eines Atomunfalls und die Defizite der Katastrophenschutzplanungen thematisieren – siehe dazu auch das Interview auf Seite 6 und 7. Hintergrundinfos zum Thema, Aktionsideen, Materialien und mehr findest du demnächst auf www.ausgestrahlt.de



Alle genannten Materialien
kannst Du auf Seite 11/12
oder unter www.ausgestrahlt.de/shop
bestellen, vieles sogar umsonst

„Dann ist alles Makulatur“

Karin Wurzbacher, Diplom-Physikerin beim Umweltinstitut München, über Grenzen des Schutzes bei Atomkatastrophen und Defizite der amtlichen Katastrophenschutzpläne

Frau Wurzbacher, zwei, zehn, 25 Kilometer – was hat das mit einem Atomunfall zu tun?

KARIN WURZBACHER: Das sind die Planungsgrundlagen für die Katastrophenschutzpläne: Hilfsmaßnahmen sind nur für Menschen innerhalb der 25-Kilometer-Zone um ein AKW vorgesehen, Evakuierungen sogar nur bis zehn Kilometer Entfernung. Die Ringe sind noch dazu kuchenförmig in jeweils 12 Sektoren eingeteilt, je nach Windrichtung. Im Falle einer Evakuierung ist jedem Sektor ein eigenes Auffanggebiet zugeordnet.

■ *Und wenn der Wind dreht?*

Dann ist das alles Makulatur. Dann können bestimmte Auffanggebiete nicht mehr angefahren werden, alle würden kreuz und quer durcheinander fahren.

■ *Was ist jenseits der 25-Kilometer-Grenze?* Dort gibt es keine besonderen Katastrophenschutzpläne mehr – weil angeblich nicht mehr erforderlich. Zuständig wären dann die Landratsämter. Man muss sich also selbst helfen.

Nach dem Super-GAU in Fukushima wurden dort Menschen zum Teil in Gebiete evakuiert, die viel strahlenbelasteter waren als die, aus denen sie fliehen mussten.

Das kann hier auch passieren. Natürlich sind Messungen geplant und es gibt Wetterprognosen. Aber wir wissen doch, das Wetter ist nicht immer so zuverlässig.

Welche Maßnahmen sollen die Bevölkerung nach einem Atomunfall akut schützen?

Erstens „im Haus bleiben“. Zweitens Evakuierung. Drittens Jodtabletten.

■ *Beruhigt Sie das?*

Nicht sehr. Ausgangspunkt für all diese Überlegungen ist, dass man mehrere Tage Zeit hat. Dass man es nur mit einem kleinen Leck zu tun hat, dass der Sicherheitsbehälter des Reaktors, das Contain-

ment, doch einiges an Radioaktivität zurückhalten kann. Das ist aber völlig unrealistisch. Fukushima hat gezeigt, dass bereits einige Stunden ausschlaggebend sein können. Oder Tschernobyl, das flog mehr oder weniger sofort in die Luft. So was ist in den Katastrophenschutzplänen nicht vorgesehen. Eine Hochdruckkernschmelze etwa hat man lange Zeit schlicht nicht für möglich gehalten.

■ *Eine was?*

Eine Hochdruckkernschmelze. Da würde der Reaktordruckbehälter unter Umständen wie ein Geschoss aus dem Containment fliegen. Es hat dazu Versuche gegeben, da ist er ziemlich weit geflogen. In so einem Fall bleibt natürlich keinerlei Vorwarnzeit mehr.

Greenpeace hat dasselbe mal für den Fall eines Flugzeugabsturzes auf das AKW Brunsbüttel nachgewiesen.

Das ist doch klar: Wenn das Containment, sei es nun durch Flugzeugabsturz, Erdbeben oder Explosion, massiv beschädigt wird, dann kommt es sofort zu Freisetzungen radioaktiver Stoffe.

Brunsbüttel war aber ein besonders altes AKW, praktisch ohne Betonhülle.

Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) hat ja nach den Anschlägen vom 11. September 2001 untersucht, was passiert, wenn ein Flugzeug auf ein AKW abstürzt. Ergebnis: Auch die neuesten Reaktoren hierzulande sind nur gegen den Absturz eines Phantom-Jagdflugzeugs ausgelegt. Schon die Erschütterungen beim Absturz einer großen Passagiermaschine können jedes AKW massiv beschädigen.

Im Haus bleiben oder fliehen – das sind ja nun zwei grundverschiedene Maßnahmen. Wonach richtet sich, welche davon die Behörden anordnen?

Nach der hochgerechneten, in den nächsten sieben Tagen zu erwartenden Strahlendosis. Ab 10 Millisievert lautet die Anordnung „im Haus bleiben“, ab 100 Millisievert „Evakuierung“. Ursprünglich war es so gedacht, dass die Bevölkerung erst mal im Haus bleibt und dass dann eventuell bei steigender Strahlenbelastung eine Evakuierung folgt.

■ *Wo ist das Problem?*

Wenn die Strahlung schon so hoch ist, dass ich unbedingt im Haus bleiben, alle Fenster und Türen dicht machen, die Lüftung ausschalten und in den Keller gehen soll, dann kann ich nicht nach draußen in die radioaktive Wolke gehen, ins Auto steigen, wo ich Radioaktivität einatme. Oder das Fenster öffnen und ein weißes Laken raushängen. Oder mich an einen Sammelpunkt begeben und dort auf den Bus warten, der mich wegbringen soll. Oder mich, wenn kein Bus kommt, an die Durchgangsstraße stellen und den Daumen hochhalten. So was aber sehen die Katastrophenschutzpläne vor.

■ *bleiben noch die Jodtabletten.*

Diese muss man in der Regel abholen und dazu muss man rausgehen – vermutlich genau dann, wenn schon viel radioaktives Jod freigesetzt ist. Jodtabletten sollte man einnehmen, bevor man Kontakt mit der radioaktiven Wolke hat. Schluckt man sie erst später, ist die Wirkung gering oder gar nicht mehr vorhanden.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat nach dem Super-GAU in Fukushima neue Ausbreitungsrechnungen für Unfälle in deutschen AKW durchgeführt. Warum eigentlich?

Weil Fukushima gezeigt hat, dass bei einem Super-GAU auch über einen langen Zeitraum hinweg radioaktive Materialien freigesetzt werden können. Damit hatte

Karin Wurzbacher, Diplom-Physikerin, leitet den Fachbereich „Radioaktivität“ beim Umweltinstitut München e.V.



Foto: privat

man bisher nicht gerechnet. Man hat gedacht, dass man alles in ein paar Tagen gut in den Griff bekommen kann.

■ *Zu welchem Ergebnis kam die Studie?*

Dass es sein kann, dass man nach einem Atomunfall in einem ungleich größeren Gebiet Katastrophenschutzmaßnahmen ergreifen muss, als bisher angenommen. Weil auch weit jenseits der 25-Kilometer-Grenze hohe Strahlenbelastungen zu erwarten sind. Und weil der Wind im Laufe von mehreren Tagen drehen kann, sodass sich die radioaktiven Stoffe nicht nur in eine Richtung ausbreiten.

■ *Der Modellrechnung zufolge müssten auch Kinder in 190 Kilometer*

Entfernung noch Jodtabletten schlucken und wenn man japanische Grenzwerte anlegt, wären sogar Gebiete in 170 Kilometer Entfernung auf Jahrzehnte hinaus unbewohnbar. Ist das ein realistisches Szenario?

Die Simulation geht davon aus, dass bei dem Unfall knapp zehn Prozent des radioaktiven Inventars des Reaktors freigesetzt werden, außerdem liegen ihr die Wetterdaten von Juni beziehungsweise Dezember 2010 zugrunde. In echt kann natürlich auch ein Unfall passieren, bei dem noch mehr Radioaktivität freigesetzt wird, und es kann ungünstigeres Wetter herrschen. Dann würden vermutlich sogar noch weit größere Gebiete kontaminiert.

■ *... womit unweigerlich auch Großstädte betroffen wären, oder?*

Ja. Und da ist eine Evakuierung praktisch unmöglich. Wo sollen denn eine Million Menschen so schnell hin?

■ *Die Strahlenschutzverordnung erlaubt eine zusätzliche Strahlenbelastung von einem Millisievert pro Jahr ...*

... im Normalfall! Bei einem Störfall ist ein Vielfaches erlaubt. Spätfolgen sollen nur vermindert, akut auftretende Schäden verhindert werden. Wenn's zur Katastrophe kommt, ist die Strahlenschutzverordnung nichts mehr wert. Dann gelten zum Beispiel Eingreifwerte von 100 Millisievert im Jahr – erst Gebiete, die so stark verstrahlt sind, gelten tatsächlich als langfristig unbewohnbar. Das ist kritisch zu sehen, denn je höher die Dosis, umso höher ist das Risiko, an Krebs zu erkranken. Japan etwa hat einen Wert von 20 Millisievert im Jahr für eine Umsiedlung festgelegt. Ähnlich absurd sind die Regelungen für die Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln. Wildschweine etwa mit mehr als 600 Becquerel Cäsium pro Kilo dürfen heute nicht in Verkehr gebracht werden. Nach einem Atomunfall dagegen schon: Da sind EU-weit für Nahrungsmittel bis zu 1.250 Becquerel Cäsium pro Kilo erlaubt, plus 750 Becquerel Strontium, 2.000 Becquerel Jod und 80 Becquerel Plutonium.

■ *Könnte man den Katastrophenschutz verbessern?*

Man könnte die akuten Eingreifwerte senken, ab denen man zum Beispiel Gebiete evakuiert oder umsiedelt. Das würde schon einen besseren Schutz darstellen.

■ *Das würde aber den Bereich, den man evakuieren muss, massiv vergrößern, oder?*

Genau. Hier kommt man sowieso jetzt schon an Grenzen: Straßen sind verstopft, Busse kommen nicht rein, die Notrufe werden überlastet sein, Panik wird ausbrechen. Für solche Situationen ist der Katastrophenschutz überhaupt nicht ausgelegt. Das ist schlicht nicht leistbar. Man kann aber die Atomkraftwerke abschalten – so schnell wie möglich.

■ *Interview: A. Simon*

WIE DER KATASTROPHENSCHUTZ FUNKTIONIEREN SOLL

Katastrophenschutz ist Sache der Bundesländer; Bund, Strahlenschutzkommission (SSK) und Reaktorsicherheitskommission (RSK) geben lediglich Rahmenempfehlungen. Für die Katastrophenabwehr **konkret zuständig ist der Landkreis**, in dem das AKW steht. Die Bevölkerung soll mit **Sirenen** alarmiert werden. Seit dem Ende des Kalten Krieges gibt es davon allerdings nicht mehr wirklich viele.

Droht ein größerer Unfall, ist der AKW-Betreiber verpflichtet, dies dem Innenministerium zu melden – **ein gravierender Interessenskonflikt**. Denn falls es ihm doch noch gelingen sollte, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, muss er die enormen Folgekosten für den „Fehlalarm“ tragen.

Das Gros der Katastrophenschutzmaßnahmen müssten Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Rotes Kreuz leisten – zumeist mit **ehrenamtlichen Helfern**. Alle Personen können darüber hinaus zur Hilfe verpflichtet und dürfen dabei eine Strahlenbelastung von bis zu 100 Millisievert abbekommen. Das ist **das Hundertfache der normalerweise zulässigen Jahresdosis**.

Den Katastrophenschutz innerhalb des AKWs haben die Betreiber zum größten Teil an die **Kerntechnische Hilfsdienste GmbH (KHG)** in Karlsruhe outgesourct. Die soll bei einem Super-GAU ihr Spezialgerät binnen zwölf Stunden zum Reaktor schaffen – Zeit, die möglicherweise gar nicht zur Verfügung steht.

Alle Planungen beruhen auf **vielen fragwürdigen Annahmen**, die zum Teil weder in Tschernobyl noch in Fukushima erfüllt waren. So wird in allen Plänen **eine längere „Vorfreisetzungphase“** unterstellt, in der es möglich ist, erste Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Pläne gehen nur von einer **begrenzten Freisetzung** radioaktiver Stoffe aus, meist etwa zehn Prozent des Inventars. Es gibt kein Konzept für die zu erwartende **Massenflucht samt Verkehrskollaps**; da alle AKWs an Flüssen stehen, sind Brücken und Tunnel enge Nadelöhre, die leicht komplett verstopfen können. Es gibt zudem keine Schätzungen, wie viele der haupt- und ehrenamtlichen Helfer im Ernstfall **selbst die Flucht ergreifen**. Verschiedene Maßnahmen stehen **im Widerspruch** zueinander: wer im Haus bleiben soll, kann nicht fliehen oder Jodtabletten abholen. Und Jodtabletten müssen vor dem Eintreffen der radioaktiven Wolke, mithin also **kurz vor dem Unfall** eingenommen werden.

Online und auf der Straße

Ein auszugsweiser Rückblick auf vier Monate voller Anti-Atom-Proteste

28. April: Umzingelung der Endlagerbaustelle in Gorleben

Volksfeststimmung am 28. April im Wald bei Gorleben: Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist mit 144 Traktoren aufgefahen, rund um das „Erkundungsbergwerk“



↑

Weit über hundert Traktor und 3.000 Menschen umzingeln am 28. April die Endlagerbaustelle in Gorleben, Foto: Andreas Conradt / PubliXviewingG

17.–28. Mai: .ausgestrahlt-Ausstellung im Wendland

„Die unbeugsamen Wenden es zum Guten.“ Mit zahlreichen Großplakaten macht .ausgestrahlt im Wendland Ende Mai auf den jahrzehntelangen Widerstand der WendländerInnen gegen die Atomanlagen und das geplante Endlager in Gorleben aufmerksam. Seit 1990 öffnen KünstlerInnen und HandwerkerInnen hier alljährlich zwischen Himmelfahrt und Pfingsten ihre Hoftore zur

„Kulturellen Landpartie“; auch dieses Jahr kommen Zehntausende BesucherInnen. .ausgestrahlt stellt in einer Scheune in Salderatzen die besten Entwürfe des Plakat- und Scheunentorwettbewerb zum Thema „Gorleben“ aus. Weit über tausend Menschen stimmen darüber ab, welche Motive den Konflikt um Gorleben am besten repräsentieren. Das Siegerplakat von Daniel Viviani liegt einer Teilaufgabe dieses Rundbriefs bei, weitere Exemplare gibt's im Shop (Seite 11). Das Siegermotiv für das Scheunentor von Resi Bönig (siehe Foto) wird einen Platz im Wendland finden.



←

22. Mai: Protest gegen die „Jahrestagung Kerntechnik“ in Stuttgart

Ein Jahr nach Fukushima trifft sich die Atomlobby zur „Jahrestagung Kerntechnik“ in Stuttgart. Hinter verschlossenen Türen sucht sie nach Wegen, den Ausbau der Atomkraft trotz Fukushima voranzu-

treiben und Gorleben als Endlager durchzusetzen. AtomkraftgegnerInnen empfangen die Tagungsgäste am Nachmittag des 22. Mai mit Straßentheater zur Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“. Abends demonstrieren 1.000 Menschen vom Tagungsort zum Schlossplatz. Aufgerufen zur Aktion „Atomforum Abschalten“ hat ein Bündnis von Anti-Atom-Initiativen, darunter auch .ausgestrahlt.



←

22. Mai: Demonstration gegen die

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai fordert .ausgestrahlt zusammen mit anderen Initiativen die zukünftige Regierungskoalition auf, den Atomausstieg umzusetzen und dafür zu sorgen, dass auch das AKW Brokdorf – das letzte verbliebene AKW in Schleswig-Holstein – endlich vom Netz geht. Den Forderungskatalog überreicht das Bündnis öffentlichkeitswirksam bei einer Aktion zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen

Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) ist bekannt als eifriger Nutzer des Internetdienstes Twitter; Nachrichten, die dort an ihn gerichtet werden, liest er noch selbst. Als er sein Arbeitsprogramm vorstellt und Atomkraft darin gar nicht vorkommt, initiiert .ausgestrahlt eine Art Twitter-Demo. „Lieber @peteraltmaier, warum wollen Sie mich 10 weitere Jahre



Peter Altmaier @peteraltmaier

Das Thema AKW ist gegessen. Aber nicht alle sind glücklich über Ausbau der Erneuerbaren. Deshalb muss Energiewende Erfolg werden

22h

am 16. Mai in Kiel. Gespräche mit VertreterInnen von SPD und Grünen folgen. Der Druck zeigt Wirkung: Im Koalitionsvertrag finden sich viele der Forderungen wieder, unter anderem bekennt sich die neue Landesregierung zum Ziel, den Atomausstieg „schnellstmöglich“ zu erreichen. Außerdem verspricht sie, sich für strengere Sicherheitsauflagen auch im AKW Brokdorf einzusetzen. Ob dies bloß ein Lippenbekenntnis bleibt, oder tatsächlich Taten

dem Risiko eines Super-GAU aussetzen?“, lautet der Muster-Tweet, den Hunderte Twitter-User vom 6. bis 8. Juni an Altmaier schicken, jeweils mit einem Link auf einen öffentlichen Brief von .ausgestrahlt an ihn. Viele Medien berichten über diese neue Form des Onlineprotests. Altmaier selbst bezeichnet die Flut an Tweets als „nicht hilfreich“, das Thema AKW sei für ihn „gegessen“.

16. Mai–4. Juni: Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein

folgen, wird davon abhängen, wie stark die Anti-Atom-Bewegung weiter Druck macht. .ausgestrahlt wird dazu gemeinsam mit anderen Initiativen einiges auf die Beine stellen – siehe Seite 5 und auf www.ausgestrahlt.de/brokdorf

6.–8. Juni: Bundesumweltminister Peter Altmaier stillgelegt

Das sehen viele User anders. Sie erinnern den Minister daran, dass noch immer neun AKW in Deutschland in Betrieb sind. Altmaier schmäht den nicht abebbenden Online-Protest daraufhin als „Spam“, der seinen Twitter-Kanal verstopfe. Kommentar einer Userin: „ertragen Sie die Meinung Ihrer Spam-Bürger mal 48h via Twitter, wir werden gezwungen 11 J. AKW-Risiko zu ertragen.“



Siegerentwurf "Scheuentor" von Resi Bönig



"Jahrestagung Kerntechnik" in Stuttgart, Foto: Hanno Polomsky / PubliXviewing

10.000 Menschen umzingeln am 29. Juli das Parlamentsgebäude in Tokio – Protest gegen das Wiederanfahren zweier Reaktoren. In vielen Ländern gibt es Solidaritätskundgebungen, auch in Deutschland fordern mehrere hundert DemonstrantInnen in Frankfurt und Berlin „Sayonara Genpatsu – Auf Wiedersehen, AKW!“

29. Juli: Soli-Aktionen mit japanischen AtomkraftgegnerInnen

.ausgestrahlt macht regional auf die Aktionen aufmerksam und unterstützt sie mit bundesweiter Pressearbeit.



↑

29. Juni, Berlin: Soli-Demo mit japanischen AtomkraftgegnerInnen, Foto: Helmut Stange

„Möchten Sie noch etwas sagen?“

Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerbeteiligung in Sachen Atommüll

„Erst die breite Beteiligung aller, die an Entscheidungen teilhaben wollen, bringt die Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für die besten Lösungen nötig ist. Ein Auskugeln hinter verschlossenen Türen hingegen begünstigt die Vorteilnahme Einzelner und führt zur Frustration der Vielen.“ Das hat die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im November 2011 in Kiel zum Thema Bürgerbeteiligung beschlossen. Auch alle anderen Parteien haben sich nach den Konflikten um Stuttgart 21 und dem Höhenflug der Piratenpartei mehr Partizipation der Betroffenen auf die Fahnen geschrieben, gerade bei gesellschaftlich umstrittenen Themen. Soweit die Theorie ...

Geheime Küchendiplomatie statt offener gesellschaftlicher Debatte

Und die Praxis? Da lädt Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zwei seiner Vorgänger, Jürgen Trittin (Grüne) und Sigmar Gabriel (SPD), in seine Berliner Wohnung ein, bekocht sie und dann einigen sich die drei Herren auf wesentliche Grundzüge der zukünftigen Suche nach einem Lagerplatz für Jahrtausende strahlenden Atommüll. Die Öffentlichkeit erfährt vom Ergebnis dieser Küchendiplomatie allerdings über Wochen kein Wort. Stattdessen beschließt der Bundesvorstand der Grünen, dass das „Endlager-suchgesetz“ schon im September in den Bundestag eingebracht werden soll, obwohl auch noch Anfang August niemand genau weiß, was drinstehen wird. Der ursprünglich von allen beteiligten politischen Parteien formulierte Anspruch, bei

dieser unermesslich weit in die Zukunft reichenden Entscheidung einen breiten gesellschaftlichen Konsens organisieren zu wollen, ist irgendwo unterwegs verloren gegangen, falls er überhaupt jemals ernst gemeint war.

„Gesellschaftlicher Konsens“ bedeutet in der Atommüll-Frage etwas grundlegend anderes als „Parteienkonsens“. Letzterer ist hauptsächlich davon geprägt, sich für anstehende Wahlkämpfe und zukünftige Regierungskonstellationen möglichst günstige Ausgangspositionen zu verschaffen; den Gabriels, Trittins und Altmaiers geht es eben *nicht* in erster Linie um die Sache. Darüber hinaus gibt es beim Thema Atommüll in der Bevölkerung – nach 35 Jahren Lug und Trug in Gorleben, nach den Desastern in der Asse und in Morsleben, nach 50 Jahren AKW-Betrieb ohne Entsorgung – kein Vertrauen mehr in die Institutionen, die ebendieses Versagen organisiert haben.

Ohne dieses Vertrauen jedoch wird die Suche nach dem am wenigsten schlechten Platz für die strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters unweigerlich scheitern. Echte Mitbestimmung ist gerade, wenn es darum geht, das Verfahren zur Suche eines Endlagers festzulegen, kein Sahnehäubchen, mit dem man einen Parteienkonsens schmücken kann, sondern essentielle Voraussetzung für den Erfolg des Ganzen.

Derpluralistisch mit atomkraftkritischen wie -freundlichen Wissenschaftlern besetzte „Arbeitskreis Endlager“ (AK End) empfahl schon vor zehn Jahren, „vor der Suche nach einem Endlager einen gesellschaft-



Demo am 28. April in Gorleben, Foto: Karin Behr/PXG

lichen Diskurs durchzuführen, in dem die relevanten Interessengruppierungen und die allgemeine Öffentlichkeit einen Konsens über den Weg zur Auswahl eines Endlagerstandortes erarbeiten. Der AK End erwartet, dass das Ergebnis dieses Diskurses politisch und rechtlich festgelegt wird, um so dem Verfahren ein Höchstmaß an Legitimität zu geben.“

Ein bis zwei Jahre oder ein bis zwei Tage?

Der AK End ging davon aus, dass die ernstzunehmende Beteiligung wesentlicher gesellschaftlicher Kräfte bei der Diskussion um ein Suchverfahren für die Atommüll-Lagerung mindestens ein bis zwei Jahre dauern werde – eine sinnvolle Investition, die am Ende viel mehr Zeit sparen wird, als sie kostet, und die für das Gelingen dieser Jahrtausendaufgabe unerlässlich ist.

Nun schlagen die Grünen vor, zwischen endgültiger Einigung der Parteioberen und der Verabschiedung des Gesetzes eine Anhörung zu veranstalten, auf der auch die Zivilgesellschaft Stellung nehmen kann. Dass die Ergebnisse dieser ein- oder zweitägigen Veranstaltung irgendeinen Einfluss auf ein Gesetz haben werden, das unter den Parteien schon Konsens ist, ist denkbar unwahrscheinlich. Mit Bürgerbeteiligung hat all das also nichts zu tun, es ist nur schlecht gemachte Schein-Partizipation. Genau so, wie der Henker den Verurteilten vor der Hinrichtung auch fragt: „Möchten Sie noch etwas sagen?“

Jochen Stay

Anzeige

DIE Druckerei für Recyclingpapier

www.recyclingflyer.de

.ausgestrahlt bietet Dir Material für Dein Engagement gegen Atomkraft an. Bestellung mit diesem Zettel (bitte unbedingt auf der Rückseite Deine Adresse eintragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Zusätzlich zu den Materialkosten fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

NEU IM .ausgestrahlt-SHOP

SIEGER PLAKATWETTBEWERB „GORLEBEN“

Im April riefen wir dazu auf, Plakate zum Thema Gorleben-Konflikt einzureichen. Anschließend konnte abgestimmt werden. Jetzt steht fest: Gewonnen hat Daniel Viviani. Bestell dir das Gewinnerplakat und bring es in die Öffentlichkeit.



_____ Plakat A2 – kostenlos K154

_____ Plakat A3 – kostenlos K160

FLUGBLATT „DIE SCHAUERMÄRCHEN DER ATOMLOBBY“ (Neuaufgabe, Stand Juli 2012)

Werden wir wirklich Strom aus dem Ausland importieren müssen und steigen bald die Strompreise? Weniger Atomstrom = höhere Klimaschädigung? Dieser Flyer nimmt die populären Behauptungen der Atomlobby unter die Lupe, stellt sie Fakten gegenüber und räumt auf mit den Schauermärchen.



_____ Flugblatt – kostenlos K114.1

PLAKAT „ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN“ (Neuaufgabe, Stand Juni 2012)

Wir streiten weiter, bis alle Atomanlagen stillgelegt sind.



_____ Plakat A2 – kostenlos K107

MIT SONNENSTRAHLEN GEGEN ATOMKRAFT

FRISBEE gelb mit „Atomkraft? Nein danke“-Sonne, Ø 22 cm, Material: PP. Hält Dich in Bewegung und bringt Spaß auf der Demo!

_____ Frisbees - 3,50 Euro S010



T-SHIRTS .ausgestrahlt

aus fair gehandelter Bio-Baumwolle, 15 Euro

Größe	Männer	Frauen
S	_____ Stück T001S	_____ Stück T002S
M	_____ Stück T001M	_____ Stück T002M
L	_____ Stück T001L	_____ Stück T002L
XL	_____ Stück T001XL	_____ Stück T002XL



LUFTBALLONS – Naturkautschuk, 100% biologisch abbaubar, gelb mit Anti-Atom-Sonne.

_____ 50 Luftballons – 10 Euro S030



BROKDORF

AUFKLEBER „AKW BROKDORF – DAS DING MUSS WEG“

Zwei Aufkleber auf einem Blatt, wetterfeste PE-Folie (umweltschonend), runder Aufkleber Ø 11cm, rechteckiger Aufkleber 14x7cm.

_____ Aufkleber – 1 Euro K156



UNTERSCHRIFTENLISTE GEGEN DAS AKW BROKDORF

Die doppelseitige Liste bietet Platz für insgesamt 12 Unterschriften.

_____ Unterschriftenliste – kostenlos K159



TABLETTEN „BROKDORF AKUT“

Pfefferminzdragees in Aufmachung einer Jodtabletten-Packung mit 18 Dragees und Infos auf dem Beipackzettel.

_____ Tablettenverpackung (18 Dragees) – 1 Euro K157



Pfefferminzdragees in Aufmachung eines Jodtabletten-Blister (Dragees auf einer Karte) mit Infozettel.

_____ Blister (5 Dragees) mit Infoblatt – 30 Cent K158



AUFKLEBER „AKW BROKDORF? – NEIN DANKE“

Aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), ø 10 cm

_____ Aufkleber – 75 Cent S038

BROSCHÜRE "BROKDORF - WAS WÄRE WENN ..."

... es zu einem Super-GAU in Brokdorf käme. Herausgegeben von der Initiative Brokdorf-akut.

_____ Broschüre „Was wäre wenn ...“

2 Euro K155



Tattoo „Anti-Atom-Sonne“

_____ Tattoos 4x4 cm - 30 Cent S014



Stoffbeutel mit der Anti-Atom-Sonne, fair produziert und gehandelt, aus 100% Bio-Baumwolle. Mit .ausgestrahlt-Schriftzug auf der Rückseite und extra langen Henkeln. Maße: 42x38cm

_____ Stoffbeutel blau – 5 Euro S028

Wetterfeste FAHNEN mit „Atomkraft? Nein danke“-Sonne

- _____ Fahnen klein, 38x30 cm – 3,50 Euro S001
- _____ Fahnen klein, mit Auto-Befestigung – 4,50 Euro S002
- _____ Fahnen mittel, 90x60 cm – 7 Euro S003
- _____ Fahnen groß, 100x90 cm – 10 Euro S004
- _____ Maxi-Fahnen, 140x120 cm – 16 Euro S005



Ausgefüllten Bogen bitte per Post an .ausgestrahlt, Marienthaler Straße 35 (Hinterhaus), 20535 Hamburg oder per Fax an 040/2531 89 44.

BROSCHÜREN UND INFO-MATERIAL

ARGUMENTE-BROSCHÜREN von .ausgestrahlt. Format A6, jeweils ca. 32 Seiten mit Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten. Stück 40 Cent, ab 10 Ex. 30 Cent/St., ab 100 Ex. 27 Cent/St.

- _____ „Bombenrisiko Atomkraft“ B012
 _____ „Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz“ B001
 _____ „Uran: Der schmutzige Atom-Brennstoff“ B004
 _____ „Atomkraftwerke machen Kinder krank“ B003
 _____ „Asse, Gorleben und andere Katastrophen“ B002
 _____ „Sonne, Wind und mehr“ B007
 _____ „AKW Brokdorf? Nein Danke“ B205

STROMPREISE

HAUPTSACHE, DER STROM IST BILLIG?

- _____ Plakat A3
kostenlos K163
 _____ Postkarte A6
kostenlos K164



DIESER STROMPREIS IST ZU HOCH.

- _____ Plakat A3
kostenlos K165
 _____ Postkarte A6
kostenlos K166



SOLLEN UNSERE KINDER DIE STROMRECHUNG ZAHLEN?

- _____ Plakat A3
kostenlos K167
 _____ Postkarte A6
kostenlos K168



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Ich will nur den kostenlosen .ausgestrahlt-Rundbrief und auch den kostenlosen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Unterschrift
nicht vergessen

Datum, Unterschrift: _____

INFO-MATERIAL VON DER BI LÜCHOW-DANNENBERG

BROSCHÜRE „ENTSORGUNGSFIASKO“

Eine **aktuelle Atommüllbilanz** mit umfassendem Überblick über 1) Probleme beim Umgang mit radioaktiven Stoffen, 2) Bestand an Müll aus deutschen AKW im In- und Ausland und 3) Prognosen über die zukünftige Produktion von radioaktivem Müll.

Wer sich mit Atommüll-Fakten auseinandersetzen möchte, sollte auf diese Broschüre nicht verzichten.

_____ Broschüre „Entsorgungsfiasco“ – 5 Euro B027



BROSCHÜRE „SALINARE HÖLLE“

Erkundung in Gorleben. Wissenschaftler und Historiker erläutern, wie der Salzstock im Wendland überhaupt ins Spiel kam, beschreiben die Maßnahmen der bisherigen Erkundung und geben eine vorläufige Bestandsaufnahme.

_____ Broschüre „Salinare Hölle“ – 5 Euro B026

FLYER „GORLEBEN GEHT GAR NICHT“

Geologie, Lügen und Trickereien: Gründe gegen Gorleben kompakt in einem Faltblatt.

_____ Flyer „Gorleben geht gar nicht“ – kostenlos B025

.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

_____ Rundbriefe – kostenlos B008

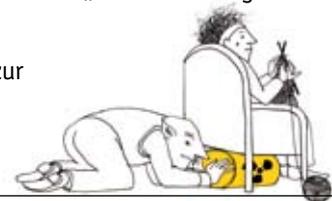


SPIEL

SUPER-GAU-DI – DAS ATOMMÜLL-VERSTECKSPIEL

Trixen, tarnen, täuschen: Beim Spiel Super-GAUdi schlüpfen alle Spieler in die Rolle von Atombossen. Um zu gewinnen, müssen sie ihren Müll loswerden, indem sie ihn „sicher“ entsorgen oder anderen unterjubeln.

_____ Spiel inklusive Infoteil zur Atommüllendlagerung
35 Euro B023



Atomkraft in Frankreich

Der Super-GAU in Fukushima hat viele aufgeweckt. Das atomare Dogma bröckelt

Frankreich ist die Atomnation Nummer eins in Europa. Zu den 58 noch laufenden Reaktoren kommen Hunderte ehemaliger Uranminen, Dutzende Atommülllager, ein „Untertagelabor“ für ein mögliches Endlager in Bure und die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, eine der größten Dreckschleudern weltweit. Als sei das noch nicht genug, soll in Cadarache in der Provence ein Experimentalreaktor für die Kernfusion (ITER) entstehen. Und zu guter Letzt verfügt das Land noch über Atomwaffen und unzählige militärische Atomanlagen.

Der staatliche Energieversorger EDF will sowohl die Laufzeit der bestehenden AKW, die wie in Deutschland schon Jahrzehnte auf dem Buckel haben, auf 60 Jahre verlängern, als auch ein Dutzend neuer Reaktoren vom Typ EPR („Europäischer Druckwasserreaktor“) bauen – trotz des Ärgers mit dem Bau des ersten Modells in Flamanville in der Normandie. Die erneuerbaren Energien haben dagegen Mühe, Fuß zu fassen. Für den Bau von Windrädern etwa gelten die gleichen Anforderungen und Vorschriften wie für den Bau umweltverschmutzender Industrieanlagen. Dafür sind energieverschwendende Stromheizungen noch weit verbreitet.

Die Bevölkerung wacht auf

Keine leichte Aufgabe also für Organisationen wie Greenpeace oder das Netzwerk für den Atomausstieg („Réseau ‚Sortir du nucléaire‘“), in dem sich Hunderte von Initiativen gegen Atomkraftwerke, gegen Endlagerprojekte und für erneuerbare Energien zusammengeschlossen haben. Mit Informationen, Unterstützung für lokale Gruppen und Aktionsaufrufen, etwa zur Blockade von Castor-Transporten, versuchen sie, die öffentliche Meinung in Richtung Atomausstieg zu drehen.

Tatsächlich nämlich ist die große Mehrheit der Französischen und Franzosen nicht explizit für Atomkraft, sondern hat sich lediglich damit abgefunden. Der Schock der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat allerdings viele dazu gebracht, nun aktiv zu werden. Im März etwa kamen 60.000 Leute zur Anti-Atom-Menschenkette im Rhôneetal!

Auch der langjährige politische Konsens in Sachen Atom schien in den Monaten nach Fukushima aufzubrechen.

Führende Köpfe der Parti Socialiste

(PS) sprachen sich für einen Ausstieg aus. Unter dem Druck der Atomlobby hat sich die Partei allerdings wieder auf

wenig ambitionierte Positionen zurückgezogen:

Abschalten nur eines einzigen

AKW – Fessenheim –, und das erst

2017, „Reduzierung des

Atomstromanteils“, aber ohne

jedes konkrete Ziel, Weiterbau

des EPR in Flamanville. Als die

PS mit den französischen Grünen

(Europe Écologie-Les Verts) eine

Vereinbarung unterzeichnet hat,

die den Stopp der Wiederaufbe-

itung vorschlug, hat ein Abgeord-

neter der PS, der dem Atomkonzern

Areva nahesteht, interveniert, damit

dieser Passus wieder gestrichen wird.

Der neue Präsident François Hollande

ist zwar zweifelsohne nicht so atom-

fixiert wie sein Vorgänger Sarkozy. Einer

echten Wende aber scheint er auch nicht

zugeneigt. Er hat bereits verlangt, die

Uranmine Imouraren im Niger schneller

in Betrieb zu nehmen, und bekräftigt, an

der Atombombe festzuhalten. Nach den

Sommerferien soll eine Debatte über die

Energiepolitik starten, aber es scheint

klar: alles, was über die Wahlversprechen

Hollandes hinausgeht, steht nicht zur

Diskussion. Die steigenden Kosten für

Sicherheitsnachrüstungen könnten trotz-

dazu führen, dass einige Reaktoren früher

vom Netz gehen als geplant.

Gefahr auch für Deutschland

Ob Frankreich aus der Atomkraft aus-

steigt, betrifft nicht nur die Französischen

und Franzosen. Bei einem Unfall im AKW

Fessenheim im Elsass etwa würde der Wind

die radioaktive Wolke nach Baden-Würt-

temberg treiben. Die beiden Reaktoren in

Fessenheim sind die ältesten Frankreichs,



das Reaktorgebiet liegt unterhalb des Wasserspiegels des benachbarten Rheinseitenkanals, Störungen und Störfälle häufen sich. Es gibt umfangreiche und sicherlich undurchführbare Nachrüstungsauflagen. Die Logik verlangt, das AKW unverzüglich abzuschalten.

Das AKW Cattenom, unweit der saarländischen Grenze, ist mit seinen vier Blöcken eines der größten Frankreichs. Die Pannen hier häufen sich so sehr, dass Angestellte eines Subunternehmens im April sogar für zwei Wochen in Streik getreten sind, um mehr Sicherheit einzufordern. Ein von Luxemburg, Saarland und Rheinland-Pfalz zugezogener deutscher Reaktorsicherheits-Experte hat nach Bekanntwerden der Ergebnisse des EU-Stresstests große Zweifel an der Sicherheit der Anlage geäußert. Im März 2013 ist eine Großdemonstration in Paris für einen Atomausstieg geplant. Wir hoffen, dass auch zahlreiche AtomkraftgegnerInnen aus Deutschland uns unterstützen.

Charlotte Mijeon
Réseau „Sortir du nucléaire“

„Das ist nicht so bald grüne Wiese“

Arno Huth, 45, Heilerziehungspfleger aus Mosbach, engagierte sich gegen das AKW Obrigheim. Jetzt klagt er wegen Sicherheitsbedenken gegen den überstürzten Abriss des stillgelegten Meilers

Ich bin immer wieder gegen Atomkraft aktiv gewesen, habe Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt, im Wendland blockiert und so weiter. Eine Gesellschaft sollte sich nicht selbst gefährden durch Risiken wie Atomkraftwerke. Das AKW Obrigheim wurde 2005 abgeschaltet, seit 2008 läuft der Rückbau. Aber man macht sich was vor, wenn man denkt, das sei jetzt bald grüne Wiese. Da sind noch jede Menge Gefahren vorhanden. Und der ganze Atom Müll wird auch noch lange hier bleiben.

Ich wohne keine drei Kilometer entfernt, bin also direkt betroffen. Unterstützt von der „Initiative AtomErbe Obrigheim“ klagen wir zu viert gegen die zweite Stilllegungs- und Abbaugenehmigung. Hauptsächlich wegen Sicherheitsbedenken. Zum Beispiel liegen noch die abgebrannten Brennelemente in einem Wasserbecken in der Anlage – eine große Gefahr. Das hätte man erst mal leer räumen müssen, schließlich könnte es zu Wechselwirkungen mit dem Abbaubetrieb kommen! Wir bezweifeln auch, dass das Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung ausreichend berücksichtigt wurde. Und die radiologische



Foto: privat

Charakterisierung der Anlage, die man vor einem Abriss machen muss, war völlig unzureichend. Außerdem gab es weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch einen Erörterungstermin, bei dem man die ganzen Sicherheitsfragen richtig hätte diskutieren können.

Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg drängte die Bürgerinitiative beim nun grünen Umweltministerium darauf, endlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Das aber hat einfach die 2. Abbaugenehmigung erteilt. EnBW ist ja quasi ein Landesunternehmen. Rein wirtschaftlich gesehen hat die Regierung also kein Interesse daran, wenn der Rückbau aufgrund von Sicherheitsauflagen teurer wird. Die nun bevorstehende dritte Genehmigung betrifft den Abbau des Reaktordruckbehälters. Da ist wieder keine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Stattdessen haben EnBW und Umweltministerium zusammen – das muss man sich mal geben! – eine „Infoveranstaltung“ abgehalten. Da kann man nichts vertiefen, nur Fragen stellen. Und man weiß nicht, ob davon tatsächlich was eingeht in die Genehmigung. www.atomerbe-obrigheim.de

„Die haben uns 'ne Laufzeitverlängerung beschert“

Ulli Brenner, 44, Hausfrau, prangert mit dem „Forum“ Emissionen und Sicherheitsmängel des AKW Gundremmingen an und will im Wahljahr 2013 allen Beine machen, die es weiterlaufen lassen wollen

Als die Pläne für das Zwischenlager am AKW bekannt wurden, haben wir uns zusammengeschlossen, zehn Frauen, um Unterschriften dagegen zu sammeln. Wir hatten uns nie große Gedanken über das Kraftwerk gemacht, sind ja hier aufgewachsen. Die örtliche CSU war auch gegen das Zwischenlager, aber denen ging es nur um den Profit des AKWs. Die wollten uns vor ihren Karren spannen. Da haben wir uns getrennt.

Wir sind schnell Atomkraftgegnerinnen geworden. Das geht doch jedem so, der sich intensiver damit beschäftigt! 2002 haben wir den Verein gegründet: „FORUM – Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik“. Unsere Klage gegen das Zwischenlager ist vorm Bundesverfassungsgericht gescheitert. Terrorgefahr? Das war damals nicht relevant. Heute wird 'ne Mauer rum gebaut.

Derzeit planen wir 'ne Kampagne für die Bundestagswahl 2013. Die Grünen haben ja letztes Jahres ohne Not mit Schwarz-Gelb gestimmt und uns eine Laufzeitverlängerung beschert. Nach dem alten „Atomkonsens“ wäre das AKW hier 2016 abgeschaltet worden. Jetzt soll der eine Reaktor bis Ende 2017, der andere bis Ende



Foto: privat

2021 laufen. Wir wollen Druck ausüben, dass nur in den Bundestag gewählt wird, wer sich konsequent für einen schnellen Ausstieg ausspricht.

Wir haben einigen Rückhalt in der Bevölkerung, 850 Mitglieder, darunter eine Handvoll Kommunen. Nach Fukushima kamen 10.000 zur Demo in Günzburg, das hätte man sich vorher niemals denken können. Aber RWE ist überall präsent: ein Kinderferienprogramm, ein Feuerwehrauto, neue Computer für die Schule ...

Gundremmingen B und C sind Siedewasserreaktoren wie in Fukushima und laufen auch mit plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen. Die Debatte um die radioaktiven Emissionen haben wir hier ständig. Die seien „im Normalbereich“, heißt es immer. Dabei stellt man schon fest, dass die Krebsrate höher ist, das hat ein Arzt hier bestätigt, aber man kann natürlich nicht nachweisen, dass es vom AKW kommt. Man will es auch nicht hören. Es ist jetzt 50 Jahre her, dass Gundremmingen AKW-Standort wurde, und die hängen immer noch an der Atomkraft und hoffen, dass es nach 2021 weitergeht. Und wenn ich sehe, wie die erneuerbaren Energien noch immer blockiert werden, dann befürchte ich das leider auch. www.atomuell-lager.de

„Ganz normale Menschen sagen: Das geht so nicht weiter“

Jörg Raupach, 51, BWL-Professor in Kyoto, sorgt für Austausch zwischen deutschen und japanischen AtomkraftgegnerInnen und berät Kommunen, wie sie selbst Strom erzeugen können

Ich lebe seit über 20 Jahren in Japan. Zur Zeit des Super-GAU war ich beruflich bedingt in Deutschland. Ich war hin und her gerissen; in Japan ist das gar nicht so dramatisch berichtet worden. Es hieß anfangs immer, es sei kaum Radioaktivität ausgetreten, das müsse bloß gekühlt werden, die Sache sei bald im Griff. Erst viel später gab die Regierung bekannt, dass es innerhalb von 18 Stunden eine Kernschmelze gab, dass Unmengen Radioaktivität freigesetzt, zögerlich evakuiert, Wettersimulationen nicht öffentlich gemacht wurden. Das hat für Wut gesorgt. Es war deutlich näher an der Riesenkatastrophe, als es je berichtet worden ist. Wenn man Tokyo hätte evakuieren müssen, 30 Millionen Leute, dann wäre Japan zusammengebrochen. Ich habe mich betrogen gefühlt.

Als der japanische Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Oe dazu aufrief, weltweit 10 Millionen Unterschriften für Atomausstieg und Energiewende in Japan zu sammeln, habe ich mich an .ausgestrahlt und andere gewandt. So kam ich in kürzester Zeit mit sehr vielen Anti-AKWlern in Kontakt. Und weil ich Japanisch spreche, habe ich schon bald bei Veranstaltungen gedolmetscht, bei denen Leute aus Fukushima berichtet haben.

Wenig später bin ich zurück nach Japan. Ich bin bei Demos dabei, wir machen E-Mail-Aktionen, meine Frau versucht, in der



Foto: privat

Nachbarschaft Werbung zu machen. Ich versuche auch, in Lehre und Forschung das Thema regenerative Energien zu puschen. Mit einer Gemeinde, etwa die Größe von Biblis, arbeite ich daran, Energie in Bürgerhand zu kriegen. In Deutschland gibt's da unglaublich viel Wissen, da versuche ich Brücken zu bauen.

Die Bewegung in Deutschland ist etablierter; in Japan gewinnt sie diese Breite gerade erst. Wenn ich daran denke, was .ausgestrahlt mit so einem kleinen Büro an Wirkung erzielt, zusammen mit den ganzen regionalen Netzwerken! Wir wohnen in der Nähe von Kyoto, 60 Kilometer von Oi, wo jetzt zwei Reaktoren wieder in Betrieb genommen wurden. Diese Entscheidung hat bei ganz normalen Bürgern sehr viel Verwunderung ausgelöst, die finden sich da nicht mehr wieder. Das breitet sich jetzt übers Internet aus, Twitter, Facebook und so. Dass Deutschland stark auf erneuerbare Energien setzt, nehmen sich hier viele zum Vorbild. Genauso, wie man protestiert und zivilen Ungehorsam effektiv einsetzen kann. Am Tag der Wiedereinbetriebnahme haben 40–50 Autos und 300 Leute die Straße zum AKW blockiert, 48 Stunden lang, bei größter Hitze und viel Regen. Das ist der große Wandel im letzten halben Jahr, dass ganz normale Menschen sagen, das kann so nicht weitergehen. Neulich haben schon wieder 200.000 in Tokio demonstriert!

„Ob wir mal mit denen reden sollten?“

Onno Oncken, 31, aus der Greenpeace-Gruppe Ostfriesland knüpft im Urlaub auf dem Anti-Atom-Sommerncamp des „Nuclear Heritage Network“ internationale Anti-Atom-Kontakte

Ich bin gerade in Mansdorf bei Döbeln, auf dem Anti-Atom-Sommerncamp des „Nuclear Heritage Network“.

Wir sind um die 20 Leute, aus Österreich, Großbritannien, Frankreich, Lettland, Litauen, Finnland, Slowenien, Portugal und Russland. Wir tauschen Erfahrungen aus und machen Workshops. Leute aus Österreich zum Beispiel haben über den Euratom-Vertrag berichtet, und dass es da Länder gibt, die Geld einzahlen, obwohl sie gar keine AKWs haben. Das wusste ich gar nicht.

AktivistInnen aus Litauen haben von dem Referendum zum Neubau eines AKW erzählt, das es dort demnächst gibt. Wir überlegen, ob wir da vielleicht von außen was machen können, um die AKW-GegnerInnen zu unterstützen. Leute aus Frankreich haben Aktionen vorgestellt, zu denen wir hinfahren könnten. Wir haben eine stillgelegte Uranmine in Tschechien besucht, wo bis 1997 große Pumpen Chemikalien in den Untergrund gepresst haben, um das Uran aus dem Gestein zu lösen. Heute ist das Grundwasser in Gefahr. Trotzdem will die Regierung die



Foto: privat

Mine möglicherweise reaktivieren, das Dorf wehrt sich dagegen.

In der Greenpeace-Gruppe kümmern wir uns um Umweltschutz, auch um Atomkraft. Im April 2010 sind wir beispielsweise dem Aufruf von .ausgestrahlt gefolgt und zusammen zur Menschenkette nach Brunsbüttel gefahren. Wenn ich zurück bin, werde ich der Gruppe vom Camp und meinen Erfahrungen hier berichten.

Meine erste Anti-Atom-Aktion ist schon über zehn Jahre her. Damals habe ich in Lüneburg studiert und bin ins Wendland gefahren, um gegen den Castor zu demonstrieren. Unglaublich, dieser Polizeiaufmarsch dort – damit hätte ich echt nicht gerechnet. Hier auf dem Camp ist es ähnlich krass: Die Polizei observiert uns die ganze Zeit. Wir fragen uns, ob wir vielleicht mal mit denen reden sollten. Und ihnen erklären, dass wir hier keine dunklen Szenarien ausbrüten. Sondern uns lediglich vernetzen.

www.greenkids.de/europas-atomerbe-gruppen.greenpeace.de/ostfriesland

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Charlotte Mijeon, Christiane Knoppe, Jacob Fricke, Jörn Müller, Susanne Hylla, Suse Neubronner | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Evers-Druck, Meldorf. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 65.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Das .ausgestrahlt-Team, Teil 1

Hinter .ausgestrahlt stecken derzeit 14 Personen, die in und außerhalb des Hamburger Büros haupt- oder ehrenamtlich aktiv sind. Sieben davon stellen wir hier vor; Fortsetzung folgt

Christiane Knoppe, Jahrgang 1979, hat Geoökologie studiert. Nach einem Intermezzo bei Greenpeace stieß sie im Frühjahr 2010 zu .ausgestrahlt, um die 120-Kilometer-Menschenkette mit zu stemmen. Seit 2011 arbeitet sie fest im .ausgestrahlt-Büro. Kümmerst sich derzeit schwerpunktmäßig um die um die Atommüll-Kampagne und den Shop.



Elina Schick, Jahrgang 1986, hat sich in ihrem Politikstudium schwerpunktmäßig mit NGOs und deren Wirken beschäftigt. Pünktlich zum Castor 2011 heuerte sie bei .ausgestrahlt an, um hinter die Kulissen des Protests zu blicken. Mittlerweile fest angestellt, ist sie in erster Linie in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie der Brokdorf-Kampagne tätig.



Jacob Fricke, Jahrgang 1982, hat für .ausgestrahlt sogar seine Lieblingsstadt Bremen verlassen. Der studierte Diplom-Politikmanager mit Master in Globaler Politischer Ökonomie ist seit August 2010 an Bord und pflegt unter anderem die Internetseite und die Social-Web-Angebote von .ausgestrahlt.



Jochen Stay, Jahrgang 1965, ist seit seinem 15. Lebensjahr in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv, seit Wackersdorf 1985 in der Anti-Atom-Bewegung. Er hat .ausgestrahlt 2005 mit gegründet und ist seit vielen Jahren ein Sprecher der Organisation.



Jürgen Fahrenkrug, Jahrgang 1962, engagierte sich schon Anfang der 1980er während seines Architekturstudiums gegen die Atommülllager Asse II und Schacht Konrad. Bei .ausgestrahlt ist er seit Anfang 2009 hauptamtlich dabei und kümmert sich vor allem um den Kontakt zu den unzähligen Anti-Atom-Gruppen und -Aktiven überall im Land.



Stefan Diefenbach-Trommer, Jahrgang 1971, war 2008 der erste Hauptamtliche bei .ausgestrahlt. Der gelernte Zeitungsredakteur, studierte Arabist, Journalist und Verwaltungsjurist hält bei Datenbanken, Fundraising, Personal und vielem mehr die organisatorischen Fäden in der Hand.



Suse Neubronner, Jahrgang 1979, kam über die Anti-Atom-Menschenkette Neckarwestheim-Stuttgart im Frühjahr 2011 zu .ausgestrahlt. Die Kulturwissenschaftlerin, die schon mit sechs Jahren gegen Atomkraft auf die Straße ging, organisiert derzeit Filmtour, Wanderausstellung und andere Aktionen im Rahmen der Brokdorf-Kampagne.



Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Januar 2013 wieder Platz für PraktikantInnen, für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. ausgestrahlt.de/praktikum

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.